



FRAKTION KOMPAKT

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion | Ausgabe 18 | Juni 2026

Deutschlands Absturz verhindern

Der Reformverweigerung der Bundesregierung setzt die AfD-Fraktion ihre Bereitschaft zur Verantwortung entgegen

Deutschlands Absturz verhindern

Der Reformverweigerung der Bundesregierung setzt die AfD-Fraktion ihre Bereitschaft zur Verantwortung entgegen

- 3 **Vorwort**
- 7 **Pläne schmieden in Cottbus**
Klausurtagung der AfD-Fraktion
- 8 **Nord Stream: Fragen, Fakten, Folgen**
Anschlag endlich aufklären
- 12 **Kosmetische Änderungen reichen nicht**
Ideen für eine Reform des Bürgergelds
- 15 **Grenzschutz neu denken**
Modernes Konzept gegen illegale Einwanderer
- 18 **Zurück an die Spitze**
Wie wir wieder eine Sportnation werden
- 22 **Klarnamenpflicht für Fleisch**
Kulinarische Traditionen schützen

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Redaktion und Herstellung:

Pressestelle, Lektorat und Mediengestaltung

Bildnachweis: Adobe Stock / perekotypole

Stand: Juni 2026

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteipromotion und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.



Liebe Leser,

Deutschland treibt steuerlos dem Abgrund entgegen. Die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik führt angesichts der völlig gescheiterten Energiewende zu einer Deindustrialisierung, die sich immer weiter beschleunigt. Mit rasanter Geschwindigkeit nähern wir uns dem Punkt, an dem diese Entwicklung unumkehrbar wird. Deutschland läuft Gefahr, seine industrielle Basis zu verlieren, die Grundlage unseres Wohlstands.

Und die Bundesregierung? Sie unternimmt trotz aller Ankündigungen seit mehr als einem Jahr so gut wie nichts dagegen. Statt sich der Krise entschlossen entgegenzustellen, steht die Regierung von Bundeskanzler Friedrich Merz für eine Politik der Reformverweigerung und des Festhaltens am Status quo.

In Anbetracht dieses eklatanten Regierungsversagens kommt es mehr denn je auf die AfD-Fraktion als stärkste Oppositionskraft im Deutschen Bundestag an. Unsere 150 Abgeordneten haben in den vergangenen Wochen und Monaten durch zahlreiche parlamentarische Anfragen, Initiativen und Gesetzentwürfe unter Beweis gestellt, dass sich die Bürger auf uns verlassen können. Ihren Auftrag, die Regierung stets genau zu kontrollieren, nehmen wir äußerst ernst.

Wir zeigen Wege aus der Krise auf. Während die Bundesregierung vor allem mit sich selbst beschäftigt ist, hat die AfD-Fraktion bereits im April auf einer Klausurtagung in Cottbus (siehe auch Seite 7) ein Positionspapier mit dem Titel »Neue Wirtschaftskraft entfesseln – Bürger und Unternehmen entlasten« erarbeitet, das konkrete Vorschläge für die jetzt notwendigen Reformen enthält. Deutschlands Bürger und Unternehmen müssen endlich nachhaltig entlastet werden. Zudem muss die Energieversorgung der Privathaushalte und unserer Industrie wieder verlässlich und bezahlbar werden, denn günstige Energie ist die Grundlage für unseren Wohlstand.

Wir als AfD-Fraktion sind überzeugt: Für eine Kehrtwende ist es noch nicht zu spät, doch nur schnelle und entschlossene Reformen können Deutschland als Industrienation aus der Krise führen und vor einem unumkehrbaren Absturz bewahren. Die AfD-Fraktion steht dafür bereit!

Dr. Alice Weidel MdB
Fraktionsvorsitzende

Tino Chrupalla MdB
Fraktionsvorsitzender



Deutschlands Absturz verhindern

Der Reformverweigerung der Bundesregierung setzt die AfD-Fraktion ihre Bereitschaft zur Verantwortung entgegen

Diese Regierung schafft es nicht, dieser Kanzler kann es nicht. Noch nie hat sich eine Bundesregierung so schnell und so gründlich selbst demontiert wie die schwarz-rote Koalition. Noch kein Regierungschef ist in den vergangenen Jahrzehnten so schnell und so gründlich in der Beliebtheit des Wahlvolkes abgestürzt wie Friedrich Merz. Nicht einmal jeder siebte Deutsche ist mit der Arbeit dieses Bundeskanzlers noch zufrieden.

Das ist die verdiente Quittung für eine Regierung, die sämtliche Erwartungen enttäuscht und für die Bürger nur noch Zumutungen und Missachtung übrig hat. Ein Kanzler, der sich die Wirtschafts-, Finanz- und Staatskrise fern jeder Realität schönredet und die Deutschen anraunzt, sie sollten nicht so viel jammern und wieder mehr arbeiten, eine Sozialministerin, die SPD-Chefin Bärbel Bas, für die ein Deutschland ohne Massenzuwanderung »einheitsbraun« wäre – beide signalisieren dem Volk, dessen Namen dieses Land trägt, ihre unverhohlene Geringschätzung. Das kann und wird nicht mehr lange gutgehen.

Ein Kanzler, der seine Versprechen bricht

Der katastrophale Vertrauensverlust dieser Regierung geht vor allem auf das Konto von Friedrich Merz, der nahezu jedes Versprechen gebrochen hat, für das er im vergangenen Jahr gewählt wurde. Der Kernkraftausstieg wurde nicht zurückgenommen, sondern zementiert. Der »Klima-« und »Energie-«-Wahn geht dagegen ungebrems weiter: Er vernichtet Ressourcen und Abermilliarden Euro an Subventionen, zerstört Natur und Landschaft, treibt die Energiekosten in die Höhe, ruiniert die Versorgungssicherheit und vertreibt die energieintensive Industrie aus Deutschland.

Merz hatte versprochen, die Steuerlast zu senken, aber seine Regierung mutet den Bürgern und der Wirtschaft laufend neue Belastungen zu. Er verkündet »rote Linien« und gibt sie beim ersten Gegenwind seitens der SPD wieder auf. Merz wollte Habecks Heizungsdictat abschaffen; herausgekommen ist eine dürftige Umbenennung mit neuen Kostenrisiken für die Bürger.

Die »Migrationswende« – ein Märchen

Die vielbeschworene »Migrationswende«, mit der sich der Kanzler brüstet, entpuppt sich als Märchen. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache: Auch 2025 ist eine sechstellige Zahl von Asylantragstellern ins Land gekommen; über den Nachzug von Familienangehörigen kam die Einwohnerschaft einer weiteren Großstadt hinzu. Bei den Abschiebungen schneidet die Merz-Regierung sogar noch schlechter ab als die rot-grün-(gelbe) Regierung unter Kanzler Scholz: Im ersten Quartal 2026 ging die Zahl der Abschiebungen gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Fünftel zurück.

Auf dem Weg in den Staatsbankrott

Statt die Staatsfinanzen wie versprochen zu sanieren, zerrüttet Merz sie bis an den Rand des Staatsbankrotts. Fast eine Billion Euro Schulden will diese Regierung laut offizieller Planung bis 2030 auftürmen. Dass die Sonderschulden für Infrastruktur und Verteidigung dienen sollen, ist eine weitere der vielen Lebenslügen des Friedrich Merz.

Tatsache ist: Zu mehr als 90 Prozent werden die Sonderschulden zweckentfremdet, um Haushaltslöcher zu stopfen und Konsumausgaben zu finanzieren, während die Rüstungsmilliarden im In- und Ausland ohne erkennbaren Nutzen zerrinnen und in schwarzen

Löchern verschwinden. Schwarz-Rot ruiniert die deutschen Staatsfinanzen und die Kreditwürdigkeit Deutschlands. Eine Folge davon: Nach den Planungen werden sich die Zinsausgaben bis 2030 von heute schon sehr hohen 42 Milliarden Euro jährlich auf knapp 80 Milliarden Euro jährlich fast verdoppeln.

Das bedeutet: Schon in wenigen Jahren werden die Steuereinnahmen des Bundes vollständig für Sozialausgaben und Zinszahlungen aufgewendet werden müssen. Es bleibt kein Spielraum mehr für politische Gestaltung.

Statt Taten, ... warten!

Statt Reformen hat die Koalition der Gescheiterten seit Monaten nur noch »Fahrpläne«, Wolkenschiebereien und vage Absichtserklärungen zu bieten. Ob das groß angekündigte »Reformpaket« – Ende Juni, Anfang Juli 2026 soll es so weit sein – tatsächlich über die bloße Ankündigung hinauskommt, darf bezweifelt werden.

Die deutsche Wirtschaft kann jedenfalls nicht mehr warten. Die Deindustrialisierung unseres Landes und der Zusammenbruch des industriellen Kerns unserer Volkswirtschaft vollziehen sich vor aller Augen. Deutschland läuft die Zeit davon. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass die Forderung nach einem Ende dieser Koalition in den Umfragen inzwischen eine Mehrheit hat. Die steigenden Umfragewerte für die AfD und der Umfrage-Absturz von SPD und Union sind die klare Botschaft des demokratischen Souveräns, dass ein Politikwechsel jetzt erfolgen muss.

Die Bürger wollen ein Ende des großen finanziellen Auspressens, das trotz Billionen-Rekordschulden in immer neue Höhen getrieben wird. Diese Regierung kürzt und spart bei Familien, Mittelschicht und Arbeitneh-

mern; für Transferempfänger, die in wachsender Zahl in unsere Sozialsysteme einwandern, ändert sich dagegen nichts. Das ist sozialer Sprengstoff, den kein Wegleugnen entschärfen kann.

Bereit zur Verantwortung: der Gegenentwurf der AfD-Fraktion

Wir als die stärkste Oppositionskraft im Deutschen Bundestag legen mit unseren Anträgen und parlamentarischen Initiativen seit der Bundestagswahl im vergangenen Jahr Gegenentwürfe zum fatalen Stillstand der Merz-Regierung vor. Die wesentlichen Forderungen unseres Sofortprogramms lauten:

- billige und zuverlässige Energie für Unternehmen und Privathaushalte;
- Sprengung der ideologischen, bürokratischen und fiskalischen Fesseln, die die deutsche Wirtschaft am Wiederaufstieg hindern;
- konsequente Durchsetzung einer echten Migrationswende in Deutschland;
- keine Fortsetzung der obsolet gewordenen »Klimaschutz-« und »Energiewende«-Politik, stattdessen Wiedereinstieg in die Nutzung der Kernkraft.

Wir sind uns der Verantwortung für die Zukunft unseres Landes und seiner Bürger bewusst. Wir verstecken uns nicht hinter Floskeln und Ankündigungen, sondern stellen uns der Herausforderung, Deutschland entschlossen aus der Krise zu führen. Brandmauern existieren für uns nicht. Unsere Türen stehen für konstruktive Gespräche zum Besten unseres Landes immer offen.



Pläne schmieden in Cottbus

AfD-Abgeordnete erarbeiten auf Klausurtagung Positionspapiere

Ein Jahr Schwarz-Rot. Ein Jahr politischer Stillstand in Berlin, während die Krise im Land weiter Fahrt aufnimmt. Zeit, um zu handeln: Anfang April 2026 kamen die 150 Abgeordneten der AfD-Fraktion zu einer Klausurtagung im brandenburgischen Cottbus zusammen. Abseits des parlamentarischen Alltags in der Hauptstadt legten sie die Schwerpunkte ihrer Arbeit für die kommenden Wochen und Monate fest und erarbeiteten Konzepte, mit denen Deutschland aus der Krise geführt werden soll.

Auf der Tagesordnung der Klausur standen unter anderem die Beratung und Verabschiedung zweier Positionspapiere – eines zu Wirtschaft und Energie, ein weiteres zu Rente und

Soziales. Damit unterstrichen die Abgeordneten ihren Anspruch, nicht nur die fatalen Fehler der Bundesregierung zu benennen, sondern zugleich durchdachte Konzepte zur Lösung der drängendsten Probleme unseres Landes vorzulegen.

Mit Blick auf die Beratungen über den Bundeshaushalt 2027 diskutierten die Abgeordneten zudem, welche Schwerpunkte die Fraktion angesichts der desolaten Staatsfinanzen und der erdrückenden Rekordverschuldung in ihrem Alternativhaushalt setzen will. Denn für uns als AfD-Fraktion ist klar: Wir finden uns mit dem politischen Stillstand in Deutschland nicht ab.

NORD ST

Nord Stream: Fragen, Fakten, Folgen

Die AfD-Fraktion setzt sich mit Nachdruck für die Aufklärung des verheerenden Anschlags auf unsere Energieversorgung ein

Am 26. September 2022 wurden nahe Bornholm drei von vier Strängen der Nord-Stream-Pipelines schwer beschädigt. Eine für die Öffentlichkeit transparente Aufklärung des Vorgangs ist bis heute nicht erfolgt. Mit dem Antrag »Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses der 21. Wahlperiode zum Angriff auf die Nord-Stream-Pipelines« und den Reden unserer Fraktionsmitglieder Markus Frohnmaier und Dr. Anna Rathert im Plenum des Bundestages rückt die AfD-Fraktion die Forderung nach einer konsequenten polizeilichen und strafrechtlichen Untersuchung des Anschlags wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte.

Unser Antrag: Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses der 21. Wahlperiode zum Angriff auf die Nord-Stream-Pipelines



Bundestagsdrucksache 21/6025, 20.05.2026

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/060/2106025.pdf>



VIDEOLINKS



Markus Frohnmaier macht der Merz-CDU in der Nord Stream-Debatte eine Ansage!
https://www.youtube.com/watch?v=fFd_7ah-CUo

Anna Rathert zum Untersuchungsausschuss Nord Stream!
<https://www.youtube.com/watch?v=HbPnlbTchM8>

Der Anschlag traf eine Energieinfrastruktur, die für Deutschland über Jahre von erheblicher wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung war. Der direkte Sachschaden wird auf rund 1,2 bis 1,35 Milliarden Euro beziffert. Der volkswirtschaftliche Gesamtschaden dürfte wegen der dadurch notwendig

gewordenen, teureren LNG-Importe aus den USA und den Golfstaaten sowie langfristiger Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit deutlich höher liegen.

Inzwischen gibt es konkrete Ermittlungsspuren. Nach dem öffentlich bekannten Stand richtet sich der Verdacht gegen eine Gruppe von sieben ukrainischen Staatsbürgern. Im Zentrum steht die Segelyacht »Andromeda«, die für die Vorbereitung oder Durchführung der Tat genutzt worden sein soll. Ein Verdächtiger wurde in Italien festgenommen und nach Deutschland überstellt, einer ist Berichten zufolge an der Front in der Ukraine gestorben, die übrigen fünf sollen sich im Land aufhalten. Unklar bleibt, ob die Bundesregierung deren Auslieferung verlangt hat.

Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei die Rolle Polens. Medienberichten zufolge hielt sich ein Verdächtiger zeitweise dort auf; seine Auslieferung nach Deutschland kam jedoch nicht zustande. Polens Regierungschef Donald Tusk äußerte sinngemäß, das Problem Europas sei nicht, dass Nord Stream 2 gesprengt wurde, sondern dass es gebaut wurde. Diese Aussage verstärkt den Eindruck, dass die rechtliche Aufarbeitung eines schweren Sabotageakts politisch instrumentalisiert wird.

Die rechtliche Dimension und die Folgen für Deutschland

Von besonderem Gewicht sind die Feststellungen des Bundesgerichtshofs (BGH). Der BGH behandelt den Anschlag nicht als bloßen Auslandsfall und auch nicht als diffuse Begleiterscheinung des Ukraine-Krieges. Nach dessen Entscheidung dürfen deutsche Behörden und Gerichte den Fall verfolgen, weil der Anschlag Deutschland dadurch unmittelbar getroffen hat, dass Pipelineabschnitte in einem von Deutschland wirt-

schaftlich geschützten Seegebiet liegen und die Anlandestation in Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern) betroffen ist.

Damit bekommt der Fall eine klare staatspolitische Dimension. Es geht nicht nur um zerstörte Leitungen auf dem Meeresgrund, sondern um einen Angriff auf eine Infrastruktur, die Deutschlands Souveränität berührt und für seine Wirtschaft von immenser Bedeutung war.

Brisant ist zudem die Frage möglicher Immunität. Wer an geheimdienstlich gesteuerten Gewaltakten gegen einen anderen Staat beteiligt ist, kann sich nach dieser Bewertung nicht einfach hinter staatlichen Funktionen verstecken. Zugleich verweist der Antrag darauf, dass die Pipelines zivilen Zwecken dienten und keine legitimen militärischen Ziele waren. Schwer wiegt überdies, dass ein Beschuldigter einer ukrainischen Spezialeinheit zugerechnet wird und mit hoher Wahrscheinlichkeit in staatlichem Auftrag gehandelt hat.

Die wirtschaftlichen und energiepolitischen Folgen des Anschlags waren erheblich. Nord Stream war Teil der kritischen Energieinfrastruktur Deutschlands und stand für langfristige Versorgungskapazitäten. Nord Stream 1 hatte bei voller Betriebsfähigkeit eine jährliche Transportkapazität von rund 55 Milliarden Kubikmetern Gas und konnte damit etwa die Hälfte des deutschen Jahresgasbedarfs abdecken. Die Zerstörung verschärfte die Unsicherheit auf den Energiemärkten und fiel in eine Phase bereits stark gestiegener Energiepreise.

Der Anschlag hat Deutschlands energiepolitischen Handlungsspielraum deutlich eingeschränkt. Seit dem Sabotageakt belaufen sich die Kosten der teureren LNG-Importe für die Wirtschaft der EU auf geschätzt 295 Milliar-

den Euro. Die Gesamtverluste durch den politisch motivierten Verzicht auf russische Energieträger betragen gar 1,3 Billionen Euro.

Welche Aufklärung jetzt notwendig ist

Der entscheidende Punkt ist nicht nur, wer die Sprengsätze angebracht hat. Entscheidend ist auch, weshalb die Bundesregierung bis heute keine transparente politische Aufklärung ermöglicht. Wird sie verzögert, weil mögliche Ergebnisse außenpolitisch unbequem wären, oder wird tatsächlich aus Rücksicht auf laufende Ermittlungen geschwiegen?

Parlamentarische Anfragen zu diesem Thema, fast ausschließlich von der AfD-Fraktion gestellt, werden häufig nur unvollständig oder ausweichend beantwortet. Die Bundesregierung verweist auf Ermittlungsgeheimnisse, Staatswohl, Geheimschutz oder Informationen ausländischer Partner. Im Einzelfall kann das berechtigt sein. In der Summe entsteht jedoch der Eindruck, dass zentrale Fragen dauerhaft aus dem politischen Raum herausgehalten werden sollen.

Eine mögliche Beteiligung ausländischer Stellen an dem Anschlag hätte erhebliche innen- und außenpolitische Auswirkungen. Weicht die Bundesregierung präzise formulierten Fragen aus diesem Grund aus? Nach dem bisher öffentlich bekannten Ermittlungsstand richtet sich der Verdacht gegen ukrainische Staatsbürger; Berichten zufolge könnten hochrangige ukrainische Stellen bis hin zu Präsident Selenskyj zumindest Kenntnis von der Operation gehabt haben. Maßgeblich ist deshalb: Wer hatte die Fähigkeiten, die Mittel, das politische Motiv und den Zugang zu Informationen, die für eine solche Operation nötig waren?

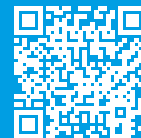
Daran schließt sich die politische Kernfrage an: Was folgt, wenn sich eine Beteiligung ukrainischer Stellen bestätigen sollte? Deutschland hat die Ukraine seit Beginn des Krieges massiv finanziell, militärisch und politisch unterstützt – mit gut 100 Milliarden Euro. Die Unterstützung eines Staates, der wesentliche Teile der kritischen deutschen Infrastruktur zerstört, ist aus Sicht der AfD-Fraktion ausgeschlossen. Ebenso wichtig ist der Umgang mit den Verdächtigen. Wenn Personen, gegen die deutsche Haftbefehle bestehen, sich dem Verfahren entziehen, darf das nicht folgenlos bleiben. Deutschland muss auf die Ukraine und andere beteiligte Staaten einwirken, damit Verdächtige ausgeliefert oder deutschen Behörden zugänglich gemacht werden.

Der Fall Nord Stream ist mehr als ein Sicherheitsvorfall aus der Vergangenheit. Er ist ein Test dafür, ob die Bundesregierung Angriffe auf deutsche Infrastruktur auch dann kon-

sequent aufklärt, wenn die Spur zu Partnerstaaten führt. In unserem Antrag »Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Angriff auf die Nord-Stream-Pipelines« fordern wir daher von der Bundesregierung nachvollziehbare Auskünfte über die tatsächlichen Geschehnisse, verlangen die Übernahme politischer Verantwortung und bestehen auf konkreten Konsequenzen.



VIDEOLINK



Expertenanalyse zum Anschlag auf Nord Stream
<https://www.youtube.com/watch?v=aXvguNHHpdU>



Expertenanalyse zum Anschlag auf Nord Stream
v.l.n.r.: Leif-Erik Holm MdB, Erik Andersson, Steffen Kotré MdB



Kosmetische Änderungen reichen nicht

Die AfD-Fraktion legt ein Konzept für eine grundlegende Reform des Bürgergelds vor

Am 1. Juli 2026 soll die Bürgergeldreform der Bundesregierung in Kraft treten. Mit der sogenannten Neuen Grundsicherung will die Bundesregierung die Sanktionen gegen Leistungsempfänger verschärfen, den organisierten Sozialbetrug wirksamer bekämpfen und die Bundesagentur für Arbeit dazu verpflichten, sich vorrangig und verstärkt mit der Vermittlung in Arbeit zu befassen. Aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion gehen die vorgesehenen Änderungen aber nicht weit genug. Bei dieser Reform handelt es sich vor allem um kosmetische Anpassungen innerhalb eines gescheiterten Systems. Zentrale Probleme wie die Einwanderung in den deutschen Sozialstaat werden nicht nachhaltig gelöst.

Sanktionen mit Hintertüren

Durch die Bürgergeldreform sollen die finanziellen Unterstützungsleistungen künftig bereits bei der ersten Pflichtverletzung um 30 Prozent statt bislang um 10 Prozent gekürzt werden können. Zudem soll die Dauer der Sanktionen von bislang einem Monat auf bis zu drei Monate verlängert werden. Besonders weitreichend erscheint die Regelung des neuen Paragraphen 7b Absatz 4 SGB II: Wer drei Termine in Folge beim Jobcenter versäumt, dem kann theoretisch die gesamte Regelbedarfsleistung entzogen werden.

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) bezeichnet dies als einen »Angriff auf den Sozialstaat«. Dabei verschweigt die AWO jedoch, dass die Totalsanktion in mehreren Fällen abgewendet werden kann:

- durch das Vorbringen eines wichtigen Grundes;
- durch nachträgliches Erscheinen beim Jobcenter.

Darüber hinaus müssen Sachbearbeiter vor einer Sanktion prüfen, ob Anhaltspunkte für eine psychische Erkrankung vorliegen (Paragraf 32 Absatz 4 SGB II). Ist dies der Fall, muss zunächst eine ärztliche Untersuchung des Leistungsbeziehers durchgeführt werden.

Nach Auffassung der AfD-Bundestagsfraktion können damit Sanktionen durch eine weite Auslegung der Ausnahmeregelungen in vielen Fällen faktisch ins Leere laufen.

So vertrat die ehemalige Linken-Vorsitzende Katja Kipping als Sachverständige vor dem Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales die Auffassung, viele Menschen litten an einer »Angsterkrankung«, würden dies gegenüber dem Jobcenter jedoch aus Scham nicht mitteilen. Nach dieser Lesart wäre die Verhängung von Sanktionen in nahezu jedem denkbaren Fall ausgeschlossen.

Die AfD-Bundestagsfraktion schlägt mit ihrem Antrag »Aktivierende Grundsicherung statt Grundsicherungsgeld« (Bundestagsdrucksache 21/3605) einen anderen Ansatz vor: Volljährige erwerbsfähige Bürgergeldempfänger müssen eine gemeinnützige Bürgerarbeit von 15 Wochenstunden verrichten. So werden Kommunen entlastet und Leistungsbezieher erhalten einen stärkeren Anreiz, eine reguläre Beschäftigung aufzunehmen.

Unser Antrag: Aktivierende Grundsicherung statt Grundsicherungsgeld



Bundestagsdrucksache 21/3605, 13.01.2026

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/036/2103605.pdf>

Die Bekämpfung von Sozialbetrug zählt zu den erklärten Zielen der Bürgergeldreform. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2025 stieg die Zahl der registrierten Fälle im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 Prozent an. Bereits im Juni vergangenen Jahres hatte Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) angekündigt, härter gegen Sozialbetrug vorgehen zu wollen. Bas verwies dabei auf osteuropäische Banden, die ihre Landsleute in Schrottimmobilien einmieteten und über fingierte Arbeitsverträge Bürgergeld sowie Kosten der Unterkunft abschöpften. Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2025 zeigt zudem, dass Ausländer beim Sozialbetrug im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil gegenüber Deutschen um das 3,7-Fache überrepräsentiert sind: Die Tatverdächtigenbelastungszahl pro 100.000 Einwohner liegt demnach bei Nichtdeutschen bei 32,2 und bei Deutschen bei 8,8.

Sozialbetrug als Geschäftsmodell

Um den grassierenden Sozialbetrug einzudämmen, will die Bundesregierung die Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Jobcentern verbessern (Paragraf 64a SGB II). Außerdem sollen Unternehmer künftig stärker haften, wenn sie durch falsche Angaben über ihre Arbeitnehmer deren unberechtigten Bezug von Sozialleistungen ermöglichen. Für die AfD-Bundestagsfraktion greifen diese Maßnahmen zu kurz. Sie bekämpfen vor allem die Folgen des Sozialbetrugs, nicht aber dessen Ursachen.

Unser oben erwähnter Antrag bietet hierzu eine eindeutige Lösung. Demnach erhalten Ausländer erst dann Anspruch auf Grundversicherung, wenn sie zuvor mindestens fünf Jahre in Deutschland steuer- und sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren und damit in die Sozialkassen eingezahlt haben. Nach Auffassung der AfD-Bundestagsfraktion würde diese Regelung insbesondere

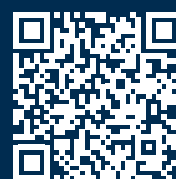
dem ausländerdominierten Sozialleistungsbetrug konkret entgegenwirken.

Hohe Kosten, geringe Wirkung

Mit der Bürgergeldreform sollen Arbeitslose wieder schneller in Arbeit gebracht werden (Paragraf 3a SGB II). Von einem »absoluten Vermittlungsvorrang«, wie ihn die AWO kritisiert, kann jedoch keine Rede sein. Tatsächlich können Jobcenter weiterhin Eingliederungsleistungen anbieten, wenn diese als »erfolgversprechender« als eine unmittelbare Arbeitsaufnahme erscheinen. Dies flankiert die Bundesregierung mit einer weiteren Erhöhung der Ausgaben für Eingliederungsleistungen. Aus dem Gesetzentwurf geht hervor, dass hierfür von 2026 bis 2029 mit zusätzlichen Kosten von 282,7 Millionen Euro zu rechnen ist. Die Bundesregierung nimmt diese Kostensteigerung in Kauf, obwohl die Wirksamkeit dieser Maßnahmen regelmäßig kritisiert wird.

Auf Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion (Bundestagsdrucksache 21/2498) teilte die Bundesregierung mit, dass im Jahr 2024 lediglich 27,1 Prozent aller Teilnehmer an Eingliederungsmaßnahmen anschließend eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnahmen. Angesichts dieser niedrigen Quote schrieb die *Bild-Zeitung*, die Maßnahmen würden wirkungslos »verpuffen«.

Unsere Kleine Anfrage: Entwicklung der Eingliederungsleistungen bei der Bundesagentur für Arbeit



Bundestagsdrucksache 21/2498, 30.10.2025

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/024/2102498.pdf>



Grenzschutz neu denken

Die AfD-Fraktion legt ein modernes Konzept zum Schutz vor illegaler Einwanderung vor

Die Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag konstituierte sich erstmals am 26. September 2017. Bereits am 13. Dezember 2017 legte die Fraktion unter der Drucksachennummer 19/41 ihren ersten Antrag dem Deutschen Bundestag vor, in dem sie umfassende Grenzkontrollen forderte. Eine Vielzahl ähnlicher Anträge sollte in den nächsten Jahren folgen – stets abgelehnt von der ganz großen Koalition aller anderen Fraktionen. Die Sicherung der Bundesgrenze gegen illegale Einwanderung und das Einsickern von Terroristen, Straftätern und Gefährdern ist und bleibt ein Kernanliegen unserer parlamentarischen Arbeit.

Die Behauptung, dass die Zurückweisung illegaler Migranten an der Grenze europarechtlich unzulässig sei, haben wir mehrfach widerlegt; siehe hierzu die Bundestagsdrucksachen 20/11626, 20/14028 und 21/4274.

Unser Antrag: Effektive Kontrollen und Zurückweisungen an der Grenze durch Schaffung einer sicheren Rechtsgrundlage



Bundestagsdrucksache 21/4274, 24.02.2026

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/042/2104274.pdf>

Wir mussten feststellen, dass den übrigen Bundestagsfraktionen bis heute der politische Wille zur Durchsetzung eines umfassenden Grenzschutzes fehlt. Sie behaupten, ein lückenloser Schutz unserer Grenzen sei nicht realisierbar. Ein wirksamer Grenzschutz, der immer auch die konsequente Verhinderung illegaler Einwanderung umfasst, kann operativ wie technisch sehr wohl gewährleistet werden. Das entspricht nicht nur unserer Auffassung, sondern auch der Einschätzung der Bundespolizeiführung.

Die Bundespolizei befindet sich jedoch, trotz personeller Verstärkungen, infolge des jahrzehntelangen migrations- und sicherheitspolitischen Versagens der Bundesregierungen unter Merkel, Scholz und Merz unter erheblichem Belastungsdruck. Besonders betroffen ist der Grenzschutz, da die ehemals vorhandene Kontrollinfrastruktur nach der Schaffung des Schengenraums weitgehend abgebaut wurde.

Zur Sicherung der Bundesgrenze und zur Entlastung der Bundespolizei forderte daher die AfD-Fraktion 2024 mit den Anträgen 20/11626 und 20/12802 die Errichtung von Grenzzäunen. Inzwischen ermöglichen technologische Entwicklungen im Bereich der Grenzsicherung mittels ausgefeilter Sensortechnik eine lückenlose automatisierte Überwachung. KI-gestützte Analysewerkzeuge können aus den zuvor erfassten Daten ein dynamisches Lagebild erstellen, das die Grundlage für den zielgenauen Einsatz unserer mobilen Grenzschutzkräfte bietet. Die operative Entscheidung verbleibt dabei immer beim Menschen, so wie es unsere rechtsstaatliche Ordnung verlangt.

Unser Antrag: Kehrtwende in der Migrationspolitik jetzt einleiten – Maßnahmen zur sofortigen Beendigung der illegalen Einwanderungsströme treffen



Bundestagsdrucksache 20/12802, 09.09.2024

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/128/2012802.pdf>

Der Arbeitskreis Innenpolitik der AfD-Bundestagsfraktion hat am 5. Mai 2026 sein Strategiepapier »Digitaler Grenzschutz Deutschland« beschlossen, mit dem wir die Einführung eines Systems KI-gestützter Grenzsicherung forcieren wollen. Die Implementierung soll mit einem Pilotprojekt begin-

nen, an die bestehenden technischen Strukturen anknüpfen und im Laufe der Zeit erfahrungsbasiert und technologieoffen weiterentwickelt werden. Auf diese Weise wird die Praxistauglichkeit des Systems von Anfang an sichergestellt und gewährleistet, dass sich die Kosten in einem vernünftigen Rahmen halten. Für eine solide Finanzierung werden wir im Rahmen der Haushaltsaufstellung werben. Zur Gegenfinanzierung bietet sich die Einsparung ineffizienter sogenannter Integrations- und Migrationsberatungsleistungen im Etat des Bundesministeriums des Innern an, die Jahr für Jahr die Milliardenengrenze überschreiten.

Den zugehörigen Antrag »KI-Grenzschutz jetzt – Deutschlands Grenzen wirksam sichern« hat die Fraktionsversammlung der AfD-Bundestagsfraktion am 9. Juni 2026 verabschiedet.

Die Sicherung der Grenzen ist für die Zukunft Deutschlands so essenziell, dass wir dieses Thema weiterhin mit Nachdruck in den Deutschen Bundestag einbringen und dabei konkrete, rasch umsetzbare Verfahren zur Grenzsicherung aufzeigen werden. Im Interesse Deutschlands und seiner Bürger.





Bild: AdobeStock / Andrii TURLOV

Zurück an die Spitze

Die AfD-Fraktion zeigt Wege auf, wie wir wieder eine erfolgreiche Sportnation werden

Deutschland muss wieder eine echte Sportnation werden und im Spitzensport den Anschluss an die Weltspitze finden. Dort standen wir schon einmal – und dorthin können wir zurückkehren. Seit Jahren aber laufen die Verantwortlichen diesem Anspruch hinterher. Seit 2016 versuchen sich der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und das bis 2025 für den Sport zuständige Bundesministerium des Innern (BMI) an einer »Spitzensportreform«.

Auslöser für dieses Projekt war das enttäuschende Abschneiden bei den Olympischen Winterspielen 2014 in Sotschi. Dort stürzte das »Team D« in der Medaillenwertung auf den fünften Platz ab – nachdem es bei den sieben Winterspielen seit der Wiedervereinigung (mit einer Ausnahme) stets auf Platz eins oder zwei gelegen hatte. Allerhöchste Zeit also, zu handeln.

Was ist seitdem geschehen? Wenig – zumindest dort, wo es zählt: auf dem Sportplatz, in Sporthallen und Schwimmbädern, auf Schnee und Eis und in den Schulen. Mehr geschah in Büros und auf dem Papier, allerdings mit wenig Wirkung. Bei den Olympischen Winterspielen im Februar 2026 dieses Jahres in Mailand und Cortina d'Ampezzo landete Deutschland – nach einem leichten Aufwind 2018 und 2022 – wie schon 2014 wieder auf dem fünften Platz, diesmal sogar mit einer Goldmedaille weniger als zwölf Jahre zuvor in Sotschi. Bei den Sommerspielen 2024 in Paris reichte es nur noch zum zehnten Platz, der in Wahrheit ein elfter war, da Russland nicht teilnehmen durfte. Das ist die Bilanz von zehn Jahren Spitzensportreform in Deutschland.

»Potenzial-Analyse-System«, kurz PotAS, war 2016 das große Versprechen für eine Trendwende im deutschen Sport. Anhand objektiver Daten sollte es Stärken, Schwächen und Entwicklungspotenziale der einzelnen Spitzen-

sportverbände erfassen und auswerten. Nach einer Testphase traten 2023, sieben Jahre nach dem Start der Spitzensportreform, deutliche Schwächen des Systems zutage.

Deutschland verschwendete viel Zeit und Geld daran, ein System neu zu erfinden, das sich in anderen Ländern bis dahin längst bewährt hatte. Die Verbände beklagten, dass ihre hauptamtlichen Trainer und Funktionäre mehr mit dem Ausfüllen von Excel-Tabellen beschäftigt seien als mit der Arbeit mit und für die Sportler. Kurz: mehr Aufwand als Nutzen.

Nun soll es ein neues Sportfördergesetz richten, dessen erste Fassung nach Kritik aus allen Richtungen zurückgezogen werden musste. Zurzeit durchläuft eine Neufassung aus dem Staatsministerium für Sport und Ehrenamt das Gesetzgebungsverfahren. Doch auch an dieser zweiten Fassung üben vor allem Sportler und ihre Vertreter kaum weniger Kritik. Das vielleicht einzig Gute an diesem Gesetz: Erstmals soll die finanzielle Förderung des Sports gesetzlich verankert werden.

Kernstück des Gesetzes ist die Schaffung einer Sportagentur, die künftig die Finanzmittel verteilen soll. Schon heute ist absehbar, dass eine solche neue Großbehörde mit reichlich Versorgungsposten hohe Kosten verursachen wird. Geld, das im Sport besser aufgehoben wäre.

Die eigentlichen Probleme des deutschen Sports liegen anderswo:

- An erster Stelle steht die soziale und damit vor allem finanzielle Absicherung der Sportler. Nur frei von wirtschaftlichen Sorgen können sie sich ganz auf ihren Sport konzentrieren; dazu gehört auch eine gesicherte Perspektive für die Zeit nach der Karriere.

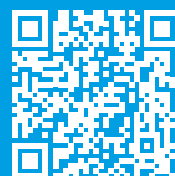
- Das zweite, mindestens ebenso gewichtige Problem: Die Lage der Trainer und Betreuer und deren soziale Absicherung ist in vielen Fällen kaum besser als die der Athleten. Die letzte Gehaltserhöhung für Bundestrainer liegt über zehn Jahre zurück.
- Zudem fehlen in Vereinen und Schulen immer mehr gut ausgebildete Trainer und Sportlehrer. Von den Trainern, die noch an der 1990 geschlossenen Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHfK) in Leipzig ausgebildet wurden, sind inzwischen fast alle im Ruhestand. Die Deutsche Sporthochschule in Köln und die benachbarte Trainerakademie des DOSB sind weder zahlenmäßig noch qualitativ in der Lage, die fehlenden Trainer und Sportlehrer auszubilden.

Die AfD-Fraktion fordert deshalb, den Schließungsbeschluss der DHfK zurückzunehmen und die Hochschule wiederzugründen. Auch wenn es dauern wird, bis die ersten Absolventen in Schulen, Vereinen und Trainingsgruppen tätig sind, wäre dies ein wichtiger Schritt, damit Deutschland im Spitzensport wieder erfolgreich ist.

Auf diese Probleme – die mangelnde finanzielle Absicherung der Athleten, die desolate Lage der Betreuer und Trainer sowie die schlechten Ausbildungsbedingungen des Nachwuchses – hat die AfD-Fraktion schon lange vor den anderen Bundestagsfraktionen hingewiesen und die entsprechenden Anträge im Bundestag gestellt; hierzu zählen insbesondere: »Erhöhung der Prämien für Olympiasieger, Paralympicssieger, Medaillengewinner und Platzierte [...]«, »Sportnation Deutschland – Erhöhung der Vergütung für Bundestrainer« und »Die Grundförderung für Kadersportler ohne Sportförderstelle muss angehoben werden«.

Allein im organisierten Sport sind in Deutschland über 28 Millionen Menschen in rund 86.000 Vereinen aktiv; etwa ein Drittel der Bevölkerung. Hinzu kommen Millionen Aktive aller Altersgruppen in privaten Studios und Freizeitgruppen und damit noch einmal fast ein Drittel der Bevölkerung. Gerade den jungen Freizeitsportlern müssen wir hochwertige Bewegungs- und Trainingsangebote bieten, damit aus Breitensportlern eines Tages Spitzensportler werden.

Unser Antrag: Erhöhung der Prämien für Olympiasieger, Paralympicssieger, Medaillengewinner und Platzierte ab den Olympischen und Paralympischen Sommer- und Winterspielen Peking 2022 und Paris 2024



Bundestagsdrucksache 20/194, 07.12.2021

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/001/2000194.pdf>

Unser Antrag: Sportnation Deutschland – Erhöhung der Vergütung für Bundestrainer



Bundestagsdrucksache 20/2596, 05.07.2022

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/025/2002596.pdf>

Unser Antrag: Auszahlung einer lebenslangen Versorgung ab dem 40. Lebensjahr für Olympiasieger, Paralympicssieger und Medaillengewinner für Olympische und Paralympische Sommer- und Winterspiele anlässlich der Olympischen Spiele in Paris 2024



Bundestagsdrucksache 20/5816, 28.02.2023

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005816.pdf>

WIR SUCHEN VERSTÄRKUNG!



Leiter Veranstaltungsorganisation Landesgruppen
(gleich welchen Geschlechts)

Assistenz
(gleich welchen Geschlechts)

Korrektor
(gleich welchen Geschlechts)

Mitarbeiter im Bürgerbüro
(gleich welchen Geschlechts)

QR-Code scannen und bewerben

Wir bieten Ihnen:

- Verantwortungsvolle Aufgaben
- Weiterentwicklung durch Fortbildungsangebote und Schulungen
- Top-Lage im politischen Zentrum Berlins
- Betriebliche Altersvorsorge
- Vergünstigtes Deutschlandticket

Weitere Stellenangebote finden Sie auf stellen.afdbundestag.de



Klarnamenpflicht für Fleisch

Die AfD-Fraktion fordert, traditionelle Bezeichnungen für Fleischprodukte zu schützen

Fleisch gehört seit Generationen zu unserer Ernährung und zu unserer kulturellen Identität. Es steht für regionale Landwirtschaft, für handwerkliche Produktion und für ein Stück gelebte Heimat. Wer über Fleisch spricht, spricht immer auch über unsere Bauern, unsere Dörfer und unsere Kulturlandschaft. Unsere Landwirte erzeugen Fleisch nach hohen deutschen und europäischen Standards. Sie tragen täglich Verantwortung für Tiere, Umwelt und Qualität. Tierhaltung ist kein austauschbarer Industriezweig, sondern ein fester Bestandteil gewachsener Familienbetriebe, die unsere Landschaft prägen und pflegen.

Die aktuelle politische Debatte zeigt jedoch, dass die Grundlagen dieser Produktion zunehmend unter Druck geraten. Aus diesem

Grund hat die AfD-Bundestagsfraktion einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der sich mit der Zukunft von Fleisch und Fleischersatzprodukten sowie deren rechtlicher und sprachlicher Einordnung befasst.

Wir wollen, dass die Verbraucher schon auf den ersten Blick erkennen können, woraus ein Lebensmittel besteht. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert deshalb eine klare und unmittelbar erkennbare Kennzeichnung von Fleischersatzprodukten auf der Vorderseite verpackter Lebensmittel. Die Kennzeichnung muss eindeutig ausweisen, ob ein Produkt Fleisch enthält, auf pflanzlichen Alternativen beruht oder synthetisch hergestellt wurde. Transparenz ist die Grundlage für eine bewusste Kaufentscheidung.

Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass Begriffe, die traditionell mit Fleisch und Wurstwaren verbunden sind, nicht für Ersatzprodukte verwendet werden dürfen. Wer kein Fleisch verkauft, sollte es auch sprachlich nicht imitieren. Ein eindeutiger Bezeichnungsschutz dient den Verbrauchern und schafft faire Wettbewerbsbedingungen zwischen echten landwirtschaftlichen Erzeugnissen und industriellen Ersatzprodukten.

Ausdruck unserer regionalen Identität

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Antrags ist die Entwicklung sogenannter zellbasierter Fleischprodukte, oft als Laborfleisch bezeichnet. Diese Technologie wirft grundlegende Fragen auf, die über die reine Produktentwicklung hinausgehen. Dabei geht es um Lebensmittelsicherheit, ethische Grundsatzen und den Tierschutz im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes sowie des Tierschutzgesetzes. Wir fordern deshalb eine sorgfältige Bewertung dieser Verfahren und klare rechtliche Leitplanken, insbesondere beim Einsatz tierischer Ausgangsstoffe und beim Import entsprechender Produkte. Unser Ziel ist es, das natürliche Lebensmittel Fleisch und traditionelle Wurstwaren als Kulturgut zu schützen und sichtbar zu machen. Sie sind Ausdruck unserer Esskultur, unserer landwirtschaftlichen Tradition und unserer regionalen Identität. Dieser Zusammenhang verdient politische Anerkennung und eine klare rechtliche Verankerung.

In der öffentlichen Debatte geht es fast ausschließlich um Fleisch, um Fleischersatz und um die Frage, ob fleischlose Produkte traditionelle Fleischbezeichnungen tragen dürfen. Dabei geraten die wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen die landwirtschaftlichen Betriebe stehen, immer stärker aus dem Blick. Vielerorts ist ihre Lage finanziell

und personell mehr als angespannt. Die Produktionskosten sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Energie, Futter, Bauauflagen und Bürokratie belasten die Höfe massiv. Viele Betriebe arbeiten am wirtschaftlichen Limit, während die Erzeugerpreise oft nicht im gleichen Maß steigen.

Hinzu kommt ein internationaler Wettbewerb, der strukturell zulasten der heimischen Landwirtschaft geht. Für importierte Fleisch- und Ersatzprodukte gelten oftmals andere Standards. Dadurch entsteht ein Wettbewerbsdruck, den viele Betriebe kaum ausgleichen können. Wer in Deutschland produziert, muss in allen Produktions- und Lieferbereichen hohe Anforderungen erfüllen, ohne dass sich dies ausreichend im Marktpreis widerspiegelt. Die Folgen dieser Entwicklung sind bereits sichtbar. Immer mehr Betriebe geben die Tierhaltung auf. Damit verlieren wir nicht nur Produktionskapazitäten, sondern auch regionale Wertschöpfung, handwerkliche Strukturen und die Pflege unserer Kulturlandschaft.

Genau hier setzt ein klarer Bezeichnungsschutz an. Er schafft Transparenz für Verbraucher und sorgt für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen landwirtschaftlicher Erzeugung und Ersatzprodukten. Damit trägt er dazu bei, die wirtschaftliche Grundlage vieler Betriebe zu sichern und die Tierhaltung in Deutschland langfristig zu erhalten.

Unser Antrag: Kulturgut Fleisch schützen mit Kennzeichnungspflicht und Bezeichnungsschutz



Bundestagsdrucksache 21/3834, 27.01.2026

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/038/2103834.pdf>

FOLGEN SIE UNS!

-  [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  youtube.com/AfDFraktionimBundestag
-  instagram.com/AfDimBundestag/
-  tiktok.com/@AfDFraktionimBundestag
-  Rundbrief-Abonnement:
[AfDBundestag.de/rundbrief/](https://afdbundestag.de/rundbrief/)



JETZT KOSTENFREI ABONNIEREN!

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion kostenfrei abonnieren und erhalten dann jede neue Ausgabe von Fraktion Kompakt bequem per Post in einem **neutralen Umschlag**.

<https://afdbundestag.de/bestellung/>



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

